

Fotos: Karl Forster (li und mitte)



Foto: Maximilian Nitschke (re)

Luftballons für die Kinder, Kuchen für die Älteren und politische Informationen für alle: Das Maifest der LINKEN in Johannisthal (rechts) und Köpenick.

## Sonne, Musik und Politik

### Erfolgreiche Maiveranstaltungen der LINKEN

Zu einem sonnigen Vorwahlkampf-Auftakt wurden die beiden Maiveranstaltungen in Köpenick und Johannisthal. Heiße Rhythmen und das schöne Wetter lockten viele Besucher an. In Köpenick war auch der Landesvorsitzende der LINKEN, Klaus Le-

derer, zu Gast und hatte über den gegenwärtigen Zustand der rot-roten Regierung informiert. Er bedauerte, dass die Zusammenarbeit stagniert, weil die SPD sich schon mehr dem Wahlkampf als den politischen Aufgaben widmet. Bürgermeis-

ter-Kandidatin Ines Feierabend, die das Fest in Johannisthal eröffnete, erläuterte das Anliegen der „Bürgerkommune“ und stellte soziale und gesundheitspolitische Projekte im Stadtbezirk vor. Natürlich spielten in den Diskussionen am Mikrofon und an den Ständen auch der Fluglärm und die Schulentwicklung eine Rolle. Doch ebenso begehrt wie die politischen Diskussionen war das reichhaltige Angebot an den Ständen. ■■ K.F.

## Wichtige Anträge durchgesetzt

Auf Antrag der LINKEN Treptow-Köpenick, unterstützt von Delegierten aus Marzahn-Hellersdorf, beschloss der Landesparteitag in seinem Wahlprogramm, das Straßenausbaubeitragsgesetz wieder abzuschaffen. Das Gesetz, eilig von Rot-Rot beschlossen, um die Klageaussichten in Karlsruhe auf zusätzliche Bundeshilfen zu verbessern, muss weg. Weder konnte sich Berlin beim Bundesverfassungsgericht durchsetzen noch hat das Gesetz in der Praxis bewährt. Im Gegenteil. Neben dem hohen Verwaltungsaufwand sind unsere Erfahrungen in Treptow-Köpenick durchweg negativ. Keine Straßenausbaubeitragsgesetzmaßnahme ohne Proteste der Anlieger. Ob Müngersdorfer Straße, Wendenschlossstraße, Mozart- oder Gilgenbur-

ger Straße, um nur einige zu nennen – überall Ärger, Verdruss und Proteste. Daher machen wir uns dafür stark, das Gesetz unverzüglich wieder abzuschaffen.

Der Landesparteitag hat im Wahlprogramm außerdem die Aussage der „konsequenten Nachtruhe“ für den neuen Flughafen Schönefeld, ebenfalls auf unseren Antrag hin, zeitlich untersetzt. Hier konnte sich Treptow-Köpenick leider nicht ganz durchsetzen. In Abwägung zwischen Gesundheitsschutz und Funktionsfähigkeit des Flughafens mussten wir uns auf einen Kompromiss einlassen. So heißt es nun: „konsequente Nachtruhe zwischen 23:00 und 6:00 Uhr“. Eine Nachtruhe von 22:00 bis 6:00, so wie in unseren bezirklichen Wahlaussagen formuliert, wäre uns lieber

gewesen. Aber bei der permanenten Diskussion um Nachtrandzeiten, Kernzeiten, Luftdrehkreuz und dem Vorwurf: „nur ein Provinzflughafen hat Nachtruhe“ war eine präzise zeitliche Untersetzung erforderlich. Insofern haben wir diesem Kompromiss letztendlich zugestimmt und damit DIE LINKE auf den Kampf um diese Nachtruhezeiten verpflichtet.

■■ Ernst Welters,  
Landesparteitagsdelegierter

### IN DIESER AUSGABE

- Seite 2:** BVV für Ausstieg aus der Atomenergie
- Seite 3:** Am 8. und am 9. Mai zum Treptower Ehrenmal
- Seite 6:** Die Uferbahn muss weiterfah'n!

## Fünzigste BVV-Sitzung Ordnungsamt, Extremismus und Entschädigung für Fluglärm

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes sollten den Bürgerinnen und Bürgern auf Augenhöhe begegnen und freiwillig Namensschilder tragen, so Philipp Wohlfeil, Fraktionsvorsitzender der Fraktion DIE LINKE, in einer Debatte um die Kennzeichnung der sogenannten Kiezstreifen. Während sich DIE LINKE bereits in vergangenen Anträgen dafür eingesetzt hatte, die Angestellten im Außendienst freiwillig mit Namensschildern auszustatten, fielen die Antworten des Bezirksamts dazu stets ablehnend aus. Analog zur Debatte um die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte sei die Sicherheit der Ordnungsamtmitarbeiterinnen und -mitarbeiter in den Vordergrund

zu rücken, heißt es in einem Schlussbericht der Bürgermeisterin. In der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) wies Wohlfeil darauf hin, dass Polizeibeamte inzwischen verpflichtet seien, Namens-



oder Nummernschilder zu tragen. Es trüge auch dazu bei, Konfliktpotential zu entschärfen, wenn die Bürgerinnen und Bürger einen namentlichen Ansprechpartner hätten. Andere Bezirksverordnete griffen die Argumente Wohlfeils auf und konstatierten, das Ordnungsamt müsse von seiner Tätigkeit als quasi Polizeieratz wieder zu seinen ursprünglichen Aufgaben als Mediator, Bürgerkontakt und Ansprechpartner überführt werden. DIE LINKE versprach Anträge dazu auszuarbeiten.

Die sogenannte Extremismusklausel, zu der der Sprecher für Politik gegen Rechtsextremismus der Fraktion DIE LINKE, Hans Erleben, eine mündliche Anfrage stellte, stieß in der BVV auf große mehrheitliche Ablehnung. Man wolle alle Mittel ausschöpfen, um eine gangbare Lösung zu finden. Von Anfragen an das Bundesfamilienministerium bis hin zur finanziellen Unterstützung von Vereinen, die eine Unterzeichnung der Klausel verweigern, werde alles geprüft. Die sogenannte Extremismusklausel verpflichtet geförderte Vereine, die sich gegen Rechts

engagieren, alle ihre Partner auf deren Einstellung zum Grundgesetz zu überprüfen. In der Debatte der BVV wurde die Klausel auch als Erpressung bezeichnet. Hans Erleben betonte am Rande der BVV, die Vereine seien unverzichtbare Partner im Kampf gegen Rechtsextremismus und dürften nicht durch untragbare Vertragsklauseln in ihrer Arbeit beschränkt werden.

Abschließend ergab sich eine emotional geführte Debatte um mögliche Entschädigungen von Grundstückseigentümern im Lärmbereich des Flughafens BBI. Ein Antrag von CDU und DIE LINKE, bei besonders betroffenen Grundstücken die Grundsteuer aufzuheben, wurde von SPD und FDP abgelehnt. Von rechtlichen Bedenken bis hin zur Angst vor Nachahmung reichten die Argumente der ablehnenden Fraktionen. Man müsse ohne Vorbehalt alle Möglichkeiten der Entschädigung der vom Fluglärm Betroffenen ernsthaft prüfen, mahnte Ernst Welters, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Stadtentwicklung und Verkehr der Fraktion DIE LINKE. Der Antrag wurde zur Prüfung in den Ausschuss für Umwelt, Grünflächen und Immobilienwirtschaft überwiesen.

Auf ein kleines Jubiläum wies Siegfried Stock, Vorsteher der BVV, hin: diese Sitzung war die 50. Bezirksverordnetenversammlung in dieser Legislaturperiode.

■ ■ Joseph Rohmann

### Kleine Anfragen

#### ► Büste Angela Davis

Nach dem Verbleib der Bronzestatue der amerikanischen Bürgerrechtlerin Angela Davis, die sich auf dem Gelände des FEZ in der Wuhlheide befand, fragte Werner Laube (DIE LINKE). Bezirksbürgermeisterin Schöttler informierte, dass sich die Büste des Bildhauers Jürgen Raue jetzt in einer Glasvitrine in der Dauerausstellung zur Geschichte des FEZ zu DDR-Zeiten befindet.

#### ► Eigentumswohnungen

Seit 2005 wurden im Bezirk 326 Vorgänge nach dem Wohneigentumsgesetz abgeschlossen. Wie Baustadtrat Rainer Hölmer auf eine Anfrage von Philipp Wohlfeil (Linke) informierte, handele es sich dabei zu 60 Prozent um Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen, bei dem Rest um Stellplätze und sonstige Anlagen.

## BVV für schnelle Konsequenz Ausstieg jetzt!

Gemeinsam mit allen demokratischen Fraktionen der BVV Treptow-Köpenick hat sich die Fraktion DIE LINKE dafür ausgesprochen, als Konsequenz nach den Ereignissen in Japan, schnellstmöglich aus der Atomenergie auszusteigen.

Während die Ausstellung „Menschen Orte Solidarität 25 Jahre nach Tschernobyl“ in der Freiheit 15 in Köpenick gastiert, entfaltet sich die nukleare Katastrophe in Fukushima immer weiter. Die Bezirksverordneten nahmen unter Eindruck dieser Ereignisse Bezug auf die Unbeherrschbarkeit der Atomenergie und deren zerstörerische Wirkung. Die Angst der Menschen müsse ernst genommen werden. Daher müsse von der Politik schnellstmöglich die gesetzliche Grundlage für einen Atomausstieg geschaffen werden, heißt es in dem Beschluss. Die Forderung der BVV richtet sich dabei an den Bundestag und die Regierung der

Bundesrepublik Deutschland. Zwar sei keine Technologie absolut sicher, aber Atomunfälle hätten Auswirkungen auf unzählige Menschen, für hunderte von Jahren, stellte Freya Ojeda, Sprecherin für Kultur, Wirtschaftsförderung und Tourismus der Fraktion DIE LINKE, fest.

■ ■ Joseph Rohmann

### IMPRESSUM

blättchen.Treptow-Köpenick  
Monatszeitschrift des Bezirksverbandes und der BVV-Fraktion der Partei DIE LINKE Treptow-Köpenick  
Redaktion: Karl Forster (verantwortlich), Karin Franzke, Edith Karge, Maximilian Nitschke, Helga Pett.  
Postanschrift: DIE LINKE Treptow-Köpenick, blättchen-Redaktion, Allendeweg 1, 12559 Berlin.  
Email: redaktion@dielinke-treptow-koepenick.de  
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt den Standpunkt der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich sinnwahrende Kürzungen von Artikeln und Leserbriefen vor.  
Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig behandelt!  
Satz: ansichtssache – Büro für Gestaltung  
Druck: Druckerei Bunter Hund, Saarbrücker Straße 24, 10405 Berlin  
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26. April 2011  
Ausgabebetrag „blättchen“ 171: Do 2. Juni 2011  
Redaktionsschluss für „blättchen 171“: 24.5.2011  
Das ›blättchen‹ wird aus Spenden finanziert.



Wie im vergangenen Jahr (unser Foto) wird es auch diesmal ab 14 Uhr ein interessantes Bühnenprogramm geben. Mit dabei: Trio SCHO?, die Bolschewistische Kurkapelle, Cosmonautix mit Balaleika-Speedfolk und 44 Leningrad (Punk, Ska, Reggae).

## „Hitler kaputt! Wer nicht feiert, hat verloren“ Am 8. und am 9. Mai zum Treptower Ehrenmal

Seit drei Jahren wird im Treptower Park nicht nur der Tag der Befreiung sondern auch der Tag des Sieges über den Faschismus gefeiert. Initiatoren des Festes sind Mitglieder der Basisorganisation „8. Mai“ der Berliner VVN-BdA und unabhängige Antifagruppen, deren Programm im vorigen Jahr über 3.000 Besucher zu einem fröhlichen Fest in der Nähe des Ehrenmals lockte.

Seit der Einweihung des Treptower Ehrenmals am 8. Mai 1949 gedenken Berliner Antifaschisten und Opfer des Nazi-regimes der dort bestatteten über 5.000 Rotarmisten. Sie erinnern an die insgesamt 20.000 Angehörigen der Sowjetarmee, die bei der Niederschlagung des Faschismus 1945 in den Straßen Berlins ums Leben kamen. Dieser Tag der Befreiung wird zum 66. Mal begangen, was aber auch bedeutet, dass die Zahl der Zeitzeugen immer kleiner wird.

In der Sowjetunion, dem Land der Befreier, und ihren Nachfolgestaaten wird seit 1945 der 9. Mai als „Tag des Sieges“ gefeiert. Das war Anlass für jüngere unabhängige Antifagruppen aus Moabit, Prenzlauer Berg, Neukölln und dem Antifaschistischen Bündnis Süd-Ost, gemeinsam mit der BO 8. Mai der Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschisten, am 9. Mai ganz in der Nähe des Ehrenmals an der Puschkinallee ein nicht-kommerzielles Fest zu organisieren. „Für ehemalige Sowjetbür-

ger war es immer ein großes Fest“, sagt Markus Tervooren von der BO 8. Mai. „Und während immer noch viele Deutsche heute nicht von einem Tag der Befreiung sprechen wollen, feiern wir auch den Tag des Sieges. Der Gedanke hat sich durchgesetzt.“

Bisher wird dabei alles nur von der Berliner VVN-BdA und unabhängigen Antifagruppen ausgerichtet, so Tervooren, der allerdings im vergangenen Jahr den Eindruck hatte, dass mehr Russen als Deutsche anwesend waren. Da sich in diesem Jahr am 22. Juni 1941 auch zum 70. Mal der Tag des Überfalls Nazideutschlands auf die Sowjetunion jährt, erfährt das Fest des Sieges eine zusätzliche Bedeutung. Es wird Informations- und Bücherstände geben, Filme, Kinderspiele, und vor allem junge russische Musik und russische Küche. Schon traditionell wird der Internationale Chor Impuls Gropiusstadt wieder dabei sein. Im Rahmen des Festes wird auch die neugestaltete Ausstellung „Neofaschismus in Deutschland“ gezeigt.

Bisher und so auch in diesem Jahr werden russische Spezialitäten wie Borschtsch, Pelmeni, Gegrilltes und Kuchen von den deutschen Organistoren und ihren ehrenamtlichen Helfern vorbereitet. In Zukunft sollen möglichst auch russisch sprachige Freunde einbezogen werden. Mit Flyern wurde jedenfalls an vielen Orten in Berlin, in russischen Läden, Kulturzentren und Begegnungsstätten, nicht nur um den Stuttgarter Platz Werbung gemacht. Die Gegend soll übrigens bereits seit den 20er-Jahren im Volksmund „Charlottengrad“ heißen.

„Hitler kaputt! Wer nicht feiert, hat verloren“, heißt es im Flyer der Organisato-



Ergänzend zum Bühnenprogramm wird es um 18 Uhr eine Führung zum Ehrenmal geben.

ren. „Für ein schöneres, besseres Leben ohne Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus, gleiche Rechte für alle und natürlich Frieden, Freundschaft und die Liebe!“  
Übrigens: Die traditionelle Gedenkundgebung am Ehrenmal Treptow findet am 8. Mai um 18 Uhr statt.

■ ■ Helga Pett

# LINKE gegen Mieterhöhung und Leerstand im Karl-Kunger Kiez

## Bezirksamt soll mit „Stadt und Land“ Gespräche aufnehmen

Wie bereits im letzten Blättchen berichtet, verändert sich der Karl-Kunger Kiez in Treptow derzeit stark. Bei einem Ortstermin hatte sich die Fraktion DIE LINKE über die aktuelle Lage informiert. Durch Sanierung und Aufwertung von Wohnraum kommt es auch zu Mieterhöhungen. Es ist zu befürchten, dass es dadurch zu einem Wandel der Sozialstruktur und Verdrängung von wenig zahlungskräftigen Bewohnerinnen und Bewohnern kommt. Dieser Prozess wird von Soziologen Gentrifizierung genannt. Nicht immer ist der Verlauf gleichmäßig. Auf der einen Seite komme es zu Mietpreiserhöhungen, während weithin Ladengeschäfte leer stünden.

Um dieser Entwicklung der sozialen Entmischung politisch entgegenzuwirken, will DIE LINKE alle Möglichkeiten der öffentlichen Wohnungsbaugesellschaft Stadt und Land nutzen und stellte dazu einen Antrag an das Bezirksamt. Diese Wohnungsbaugesellschaft verfügt im Kiez über einen größeren Bestand an Mietwohnungen. „Die öffentlichen Gesellschaften dürfen den Trend der Miet-

erhöhung nicht mitmachen. Halten sie ihre Mieten gering, kann der Mietpiegel der Umgebung nicht so schnell steigen. Ausgewogenere Mieten können so langfristig erreicht werden“, erklärt Ernst Welters, Bezirksverordneter für DIE LINKE und Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Stadtentwicklung und Verkehr. Eine kleine Anfrage des Fraktionsvorsitzenden Philipp Wohlfeil hatte vor kurzem ergeben, dass der Stadtrat für Bauen und Stadtentwicklung, Rainer Hölmer, SPD, hingegen keinen dringenden Handlungsbedarf sieht. Die soziale Durchmischung sei gerade durch die Aufwertung der Wohnqualität gewährleistet, eine Veränderung der Sozialstruktur nicht zu erwarten, heißt es in der Antwort. „Die Aussagen des Bezirksamtes stehen im eklatanten Widerspruch zu dem, was uns die Bevölkerung und Initiativen aus dem Karl-Kunger Kiez berichten“ resümiert Wohlfeil abschließend. Der Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde zur Beratung in die Ausschüsse Wirtschaft und Stadtplanung überwiesen

■ ■ J.R.

## Müllschlucker erhalten

Das Bezirksamt soll die WBG „Amtsfeld“ auf die Möglichkeit einer Ausnahme genehmigung für den Erhalt der noch vorhandenen Müllabwurfanlagen (Müllschlucker) im Interesse ihrer Mieterinnen und Mieter aufmerksam zu machen und bei Gewährleistung von Mülltrennung, Brandschutzsicherheit und ausreichender Hygiene eine beantragte Genehmigung erteilen. Das fordert DIE LINKE in einem Antrag an die BVV.

Die Berliner Bauordnung sieht vor, bis 2013 alle Müllabwurfanlagen zu schließen. In anderen Bezirken, etwa Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf, konnten für entsprechende Anlagen Ausnahmegenehmigungen erteilt werden. Auch in Treptow-Köpenick ist dieser „Lichtenberger Weg“ möglich. „Wenn die Müllschlucker entsprechend ausgestattet sind, sollten die Eigentümer der Häuser im Interesse der Mieter handeln und Ausnahmegenehmigungen beantragen“, sagt Udo Franzke, Sprecher für Stadtplanung und Verkehr der Linksfraktion. Besonders unsinnig sei es, sanierte und gut ausgestattete Müllschlucker abzureißen, ergänzt Ernst Welters, Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Stadtentwicklung und Verkehr.

Der Antrag wurde zur Beratung in den Ausschuss Stadtplanung und Verkehr überwiesen.

## Nur noch bis Jahresende sicher

### Rentenkonten aus der DDR-Zeit jetzt klären

Etwa 286.000 Personen der Jahrgänge 1946 bis 1974 mit Wohnsitz in den neuen Bundesländern haben ihre Rentenversicherungskonten noch nicht vollständig geklärt. Das geht aus einer Antwort der Bundesregierung auf die Anfrage der Abgeordneten Martina Bunge, Fraktion DIE LINKE, hervor. Für diese Menschen wird es höchste Zeit, ihre Unterlagen über Beschäftigungszeiten in der DDR beizubringen, denn zum Jahresende 2011 läuft die Aufbewahrungsfrist für derartige Dokumente aus. Nur bis zu diesem Zeitpunkt sind Betriebe und Einrichtungen zur Aufbewahrung verpflichtet.

Ursprünglich sollte die Aufbewahrungsfrist schon 2006 enden. Nach einer Initiative der Linksfraktion war die Zeitspanne um fünf Jahre verlängert worden.

Von der Deutschen Rentenversicherung war zu erfahren, dass die von aufgelösten Treuhandfirmen übernommenen Loh-

nunterlagen heute von der Rhenus Office Systems GmbH Märkische Allee 1–11 14979 Großbeeren aufbewahrt werden.

*Weitere Unterlagen werden archiviert durch die*

Iron Mountain Deutschland GmbH Archivcenter Berlin und Brandenburg Damsdorfer Hauptstraße 36b 14797 Kloster Lehnin Ortsteil Damsdorf

### ► Freie Sicht für Archenhold-Sternwarte

Die Untere Denkmalschutzbehörde hat die Genehmigung für die beantragten Baumfällungen an der Archenhold-Sternwarte erteilt. Die BVV hatte 2009 gefordert, eine uneingeschränkte Funktionsfähigkeit der Teleskope zu ermöglichen. Wie der Leiter der Sternwarte, Dr. Lühning, dazu erklärte, seien die Fällarbeiten wegen fehlender finanzieller Mittel allerdings auf 2012 verschoben worden. In diesem Jahr gebe es Instandsetzungsarbeiten am Fernrohr.

### ► Namen für Bibliotheken gesucht

Für die Mittelpunktbibliothek Köpenick, für die Stadtteilbibliothek Altglienicke und die Stadtteilbibliothek in Alt-Treptow im „Gérard Philipe“ werden neue Namen gesucht. Namensvorschläge können dafür von den Bürgern unterbreitet werden. In den drei genannten Bibliotheken liegen vorbereitete Postkarten bereit, die Vorschläge können sowohl anonym als auch mit eigener Adresse eingereicht werden. Die Aktion endet am 30. Mai 2011. Weitere Informationen im Internet unter [www.sbtk.de](http://www.sbtk.de) oder direkt bei den Bibliotheken.



Linken-Bezirkschef Marko Tesch (rechts), BVV-Fraktionsvorsitzender Phillip Wohlfeil und MdB Gregor Gysi beim „Aufhübschen“ der Brückenstraße.

## Brückenstraße wird aufgehübscht

### In mehreren Ortsteilen sollen die Baumscheiben bepflanzt werden

Endlich mal für erfreuliche Nachrichten aus der Schöneweider Brückenstraße wollten die Anwohnerinnen und Anwohner sorgen. Am Sonnabendmorgen trafen sie sich, um einige der Baumscheiben aufzuwerten. Sonst ist die Straße eher für

zerstörte Fensterscheiben, für rechte Parolen und den Neonazitreff „Zum Henker“ bekannt. Durch die Bepflanzung von mehreren Baumscheiben mit Fliederbüschen, Kräutern und anderen Pflanzen sollte ein Zeichen gegen Verwahrlosung

und Rücksichtslosigkeit in einem nicht ganz einfachen Kiez gesetzt werden. Neben Nachbarn beteiligten sich auch Mitglieder der Partei DIE LINKE an der Aktion, darunter der Bezirksvorsitzende Marko Tesch, der für den angrenzenden Wahlkreis im September für das Abgeordnetenhaus kandidiert.

„Wir wollen nicht zuletzt den Nazis zeigen, dass wir ihnen diese Straße nicht überlassen“, sagte der Fraktionschef der LINKEN in der BVV, Phillip Wohlfeil, der selbst in Schöneweide lebt und für den Abgeordnetenhauswahlkreis im Norden Treptows kandidiert, zu dem die Straße gehört. Symbolisch pflanzte auch Gregor Gysi eine Salbeipflanze. Der Bundestagsabgeordnete unterhält in der Straße sein Bürgerbüro, das schon mehrfach Ziel rechtsextremer Übergriffe war.

Eine weitere Verschönerungsaktion war an der Karl-Kunger-Straße. Wer noch mitmachen möchte: Die nächste Aktion findet am 7. Mai in der Baumschulenstraße ab 8 Uhr statt.

### Frühjahrsputz

Schon zum dritten Mal fand der Oberschöneweider Frühjahrsputz statt. In diesem Jahr kamen rund 90 Leute zusammen um die Wuhlheide von Unrat zu befreien. Viele Säcke voller Müll wurden gesammelt. Mitgemacht haben auch ein halbes Dutzend Mitglieder der Oberschöneweider Linken.

## Informationen aus dem Bezirksamt

### ► Radfahren Kiefholzstraße

In der Kiefholzstraße soll in nächster Zeit auch zwischen Dammweg und Rixdorferstraße ein Radfahrstreifen angelegt werden. Die Planungsunterlagen liegen bereits in der Verkehrslenkung Berlin vor, heißt es aus dem Bezirksamt als Reaktion auf einen entsprechenden Beschluss der BVV vom November 2010.

### ► Ehrung für Tierforscher Grzimek

Die Benennung eines Straßenabschnitts der Engelhardstraße zu Ehren von Bernhard Grzimek ist nach dem Straßengesetz nicht möglich. Die BVV hatte dafür eine kleine Stichstraße zum Johannisthaler Park vorgeschlagen. Das Tiefbauamt möchte dennoch eine Ehrung ermöglichen, da der berühmte Tierforscher in der Johannisthaler Waldstraße gewohnt hatte. In Frage käme nun ein Platz, an dem Engelhardstraße und Waldstraße

auf den Segelfliegerdamm stoßen oder eine künftige Fläche im Entwicklungsgebiet Adlershof/Johannisthal.

### ► Zukunft Eierhäuschen

Zu einer schnellen Sanierung des „Alten Eierhäuschens“, die bereits 2003 von der BVV gefordert worden war, wird es nicht kommen. Wie es in einem Schlussbericht des Bezirksamtes dazu heißt, ist das Herauslösen des Gebäudes aus dem Erbbaurecht nicht möglich. Das Grundstück „Spreepark“ sei mit der Gründung des Liegenschaftsfonds Berlin GmbH & Co. KG Anfang 2001 in das Treuhandvermögen der Gesellschaft übergegangen.

### ► Skulptur vor der Schlosseinfahrt

Die Skulptur „Vietnamesische Mutter mit Kind“ vor der Einfahrt zum Köpenicker Schloss kann nicht zugunsten einer barocken Figur an einen geeigneten Stand-

ort umgesetzt werden. Das Bezirksamt begründet das abschließend damit, dass keine historischen Skulpturen aus dem Museumsbesitz des Landes oder der Bezirke zur freien Verfügung stünden. Für eine Neugestaltung des Eingangsbereichs des Schlosses werde ein Kunstwettbewerb vorgeschlagen. Allerdings fehle es derzeit an den finanziellen Mitteln dafür.

### ► Durchsetzung Apfelsaftgesetz

Die Einhaltung des sogenannten „Apfelsaftgesetzes“ wird auch im Bezirk regelmäßig kontrolliert. Wie das Bezirksamt informiert, wurden 2009 in den Gaststätten 189 Einzelkontrollen durchgeführt, wobei 68 Verstöße registriert und zehn Geldbußen erhoben wurden. Nach dem Gaststättengesetz ist mindestens ein alkoholfreies Getränk nicht teurer zu verabreichen als das billigste alkoholische Getränk.

**Gysi meint...**



## Für Sarrazin wäre in der LINKEN kein Platz

Für Sarrazin wäre in der LINKEN im Unterschied zur SPD kein Platz, da wir Nationalismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit nicht dulden wollen und können. Er propagiert den Blick zur Seite, nicht den Blick nach Oben. Wenn man zur Seite schaut, kann man auf den naiven Gedanken kommen, dass Arme mehr bekämen, wenn die Migrantinnen und Migranten, die auf Sozialtransfers angewiesen sind, nicht da wären. Dieser Blickwinkel ist falsch. Eine Zunahme von Armen, dies lehrt die Geschichte, führt zu einer Senkung der Leistungen für sie. Eine Reduzierung führt aber nicht zu einer Erhöhung der Leistungen. Wer also annimmt, Arme bekämen mehr Geld, wenn die Ausländerinnen und Ausländer das Land verließen, der denkt nicht nur falsch, der irrt auch noch.

Das entscheidende ist nicht das Verhältnis der Hartz IV Empfangenden zu den Migrantinnen und Migranten, sondern das Verhältnis der Hartz IV Empfangenden, der Rentnerinnen und Rentner, der Arbeitenden, der Angestellten und der Migrantinnen und Migranten zu der Schicht der Ackermänner. Diese sich dort immer weiter öffnende Schere muss geschlossen werden. Hier geht es um mehr soziale Gerechtigkeit. Wer Reichtum nicht begrenzt, kann und will Armut nicht abbauen.

Die sozialdarwinistischen Thesen des Herrn Sarrazin helfen uns nicht, ein friedliches und selbstbestimmtes gemeinsames Leben zu organisieren. Diese führen zu einem Gegeneinander statt zu einem Miteinander, zu mehr Unverständnis, Ablehnung und sogar Hass.

Sicher gibt es Menschen, egal welcher Herkunft, die die sozialen Sicherungssysteme ausnutzen. Dies sind aber wenige. Das Gros der Hilfebedürftigen befindet sich in einer Lage, die unsere Solidarität erfordert. Gute Bildung, gute Arbeit, das heißt auch gut bezahlte Arbeit und gerechte Renten für Alle sind unsere Alternativen zu den Thesen des Herrn Sarrazin.



Fotos: Maximilian Nitzschke

3000 Menschen standen entlang der Uferbahn, um für deren Erhalt zu demonstrieren.

## Die Uferbahn muss weiterfah'n! Menschenkette für Erhalt der 68er

Die Uferbahn muss weiterfah'n! So lautete das Motto der Aktion zwischen S-Bahnhof Grünau und Alt-Schmöckwitz. An jenem sonnigen Samstag versammelten sich gut 3000 Menschen entlang der Strecke, um für den Erhalt der einmaligen 68-iger Straßenbahnlinie zu demonstrieren. Diese Menschenkette war ein voller Erfolg, so schätzten die Organisatoren – der Ortsverein Schmöckwitz e.V., die Siedlungsgemeinschaft Karolinenhof e.V. und der Ortsverein Grünau e.V. – noch am Nachmittag während der Abschlussveranstaltung auf dem Dorfplatz Alt-Schmöckwitz voller Freude ein. Stolz können sie sein auf die große Resonanz. Zahlreiche Anwohner und Bewohner der Ortsteile Grünau, Karolinenhof, Rauchfangswerder und Schmöckwitz, Bürger aus dem benachbarten Eichwalde, viele Schülerinnen und Schüler sowie Mitglieder ansässiger Sportvereine waren ihrem Aufruf gefolgt. Sie standen mit Kind und Kegel, mit pffigen Plakaten und Spruchbändern an der Strecke. Besonders bunt und ideenreich wirkten die kreativen Schöpfungen der an dem Plakatwettbewerb zum Erhalt der „68iger“ sich beteiligenden Schulen. Lautstark kürten sie beim Abschluss-Picknick auf dem Dorfplatz ihre besten Plakate. Mit an der Strecke stand auch die Vorsitzende des Ortsvereins Grünau, Minka

Dott, Mitglied des Abgeordnetenhauses und Direktkandidatin für die LINKE zur Abgeordnetenhauswahl am 18. September. Sie sieht zur Uferbahn keine Alternative, gerade für die vom Schönefelder Fluglärm schon genug belasteten Bürger in dieser Region im Südosten Berlins. Die Uferbahn ist ökologisch nachhaltig, tou-



Fotos: Udo Franzke

Auch Minka Dott, Mitglied des Abgeordnetenhauses, beteiligte sich an der Protestaktion.

ristisch einmalig, ein traditionell sicherer und wichtiger Verkehrsweg, um die Ortsteile im Flächenbezirk Treptow-Köpenick samt Umland optimal zu verbinden. Dazu hat ihre Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus noch im April 2011 eine entsprechende „Kleine Anfrage gestellt“.

### Bürgersprechstunden:

Sprechstunde **Dr. Gregor Gysi** Di **31.5.11** in der Zeit von **13–18 Uhr** im Bürgerbüro, Brückenstraße 28 in 12439 Berlin. Um Anmeldungen wird gebeten unter der Telefonnummer 63 22 43 57.

Mi **11.5. 17–18 Uhr** mit **Uwe Doering**, MdA und **Hans Erleben**, MdBVV im Kulturzentrum Alte Schule, Adlershof, Dörpfeldstraße

Di **17.5.** ab **17 Uhr** mit **Marina Borkenhagen**, MdBVV, im Bürgerhaus Grünau

Sie finden hier Termine der Partei DIE LINKE. Weitere Termine von öffentlichen Veranstaltungen finden Sie auf Seite 8

## Beratungen des Bezirksvorstandes

Di 10.5. 18:30 Uhr Allendeweg

Di 24.5. 18:30 Uhr Brückenstraße

Di 7.6. 18:30 Uhr Allendeweg

## Basistreffen

Mo 6.6. 17:00 Uhr Allendeweg

## Beratung der AG Seniorenpolitik beim BV DIE LINKE

Mo 9.5. 15 Uhr

Mo 6.6. 15 Uhr

Jeweils in der Geschäftsstelle Brückenstraße 28

## KONTAKT

Bezirksverband

Geschäftsstelle Köpenick

Allendeweg 1, 12559 Berlin

Tel. (030) 6432 9776, Fax (030) 6432 9792

E-Mail: [bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de](mailto:bezirk@dielinke-treptow-koepenick.de)

Öffnungszeiten:

Montag nach Vereinbarung,

Dienstag von 10.00 bis 18.00 Uhr

Mittwoch von 13.00 bis 16.00 Uhr

Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Freitag von 10.00 bis 13.00 Uhr

Kassenzeiten:

Dienstag von 10.00 bis 17.00 Uhr

Donnerstag von 10.00 bis 16.00 Uhr

Geschäftsstelle Treptow

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 532 89 22, Fax (030) 532 89 22

Öffnungs- und Kassenzeiten:

Donnerstag von 14.00 bis 18.00 Uhr

### Achtung Schließzeiten

Die Kasse in der Brückenstraße bleibt in der Zeit vom 30.5. bis 19.6. geschlossen.

Fraktion in der BVV

Rathaus Treptow, Raum 205

Neue Krugallee 4, 12435 Berlin

Telefon / Fax (030) 533 76 07

Telefon (030) 902 97 41 61

[mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de](mailto:mail@linksfraktion-treptow-koepenick.de)

Sprechstunden jeweils:

Montag von 15.00 bis 18.00 Uhr

Dienstag von 12.00 bis 17.00 Uhr

Donnerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr

Wahlkreisbüro Dr. Gregor Gysi

Brückenstraße 28, 12439 Berlin

Tel. (030) 63 22 43 57,

Fax (030) 63 22 43 58

[gregor.gysi@wk.bundestag.de](mailto:gregor.gysi@wk.bundestag.de)

Sprechzeiten:

Montag von 13.00 bis 16.30 Uhr

Mittwoch von 13.00 bis 16.30 Uhr

### Schließzeit des Bürgerbüros

4.5. - 11.5. 2011

[www.dielinke-treptow-koepenick.de](http://www.dielinke-treptow-koepenick.de)

## WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

im Mai

96. Hans Zinnecker

91. Helga Schuster

90. Frieda Gritzke, Lieselotte Hofmann, Irena Wiedermann

85. Ursula Höft, Ruth Neumann, Kurt Trappiel, Herbert Tämmler

80. Elfriede Brunn, Erika Falk, Helga Löchner, Maria Pechmann, Klaus Gensch, Lothar Netz, Lutz Neumann, Ernst Roloff,

Gerhard Schöbel, Peter Staerck  
75. Ingrid Elping, Christa Pantscher, Renate Radmann, Barbara Stahlhut, Peter Gerstenberger, Rudi Keschull, Gerhard Senf, Dieter Vierock  
70. Claus Kühne, Jürgen Müller

## Anschlag

Erneut erfolgte ein Anschlag auf das Bürgerbüro von Gregor Gysi in der Brückenstraße in der Nähe des S-Bahnhofes Schöneweide. Unbekannte zerstörten in der Nacht vom 26. zum 27. April 2011 mit

einem Pflasterstein eine Scheibe des Büros. Dieser Anschlag reiht sich ein in eine Serie von rechten Gewalttaten der vergangenen Monate und Jahre. Wiederholt wurden die Fassade und die Fenster des Büros beschmiert oder zerstört.

## Kleine Anfragen

### ▶ Leerstand Ehrenfelder Platz

Auf den Leerstand im Einzelhandel um Ehrenfelder Platz und Coloniaallee in Altglienicke machte Petra Reichardt aufmerksam. In der Antwort von Bezirksbürgermeisterin Gabriele Schöttler auf die Kleine Anfrage der Verordneten der Linken heißt es dazu, dass nach einer Mieterumfrage der Stadt und Land Wohnbauten-Gesellschaft der Bedarf abgedeckt sei. Da das Bezirksamt keinen Einzelhandel ansiedeln könne, habe es der Wohnbauten-Gesellschaft eine Nutzung durch andere Bereiche wie Jugend oder Soziales vorgeschlagen und Kontakte vermittelt.

### ▶ Sanktionen bei Hartz IV

Bei zehn Prozent der Bezieher von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II wurden 2010 Sanktionen verhängt. Das waren insgesamt 4.284 Sanktionen, erfuhr Lars Düsterhöft (SPD) von Sozialstadträtin Ines Feierabend (LINKE) auf eine diesbezügliche Kleine Anfrage. In 562 Fällen wurden in einem Monat Mehrfachsanktionen ausgesprochen. Bei 13 Prozent handelte es sich um Bedarfsgemeinschaften mit Kindern unter 18 Jahren. 229 der insgesamt ausgesprochenen Sanktionen mussten nach Widerspruchsverfahren im Jahr 2010 zurückgenommen werden. Als Gründe für die Rücknahme wurden falsche oder voreilige Entscheidungen genannt.

### Das „blättchen“ braucht Eure/Ihre Spende!

Um die Kosten decken zu können, ist eine Spende von 25 Cent für jede Ausgabe notwendig. Wir bedanken uns für alle Spenden und bitten weiter um Unterstützung, per Überweisung, unter:

#### Achtung neue Bankverbindung

**Empfänger:** DIE LINKE Berlin

**Konto:** 525 60 78 03

**BLZ:** 100 708 48 Berliner Bank AG

Verwendungszweck: 502-810 oder direkt in beiden Geschäftstellen.

**Vielen Dank.**

# Fest der Linken

**27. BIS 29. MAI 2011**  
KULTURBRAUEREI  
BERLIN-PRENZLAUER BERG

**ND-PRESSEFEST.**  
**POLIT-TALK.**  
**INTERNATIONALE GÄSTE.**  
**KONZERTE.**  
**LITERATURWERKSTATT.**  
**KINDERFEST.**

[WWW.FEST-DER-LINKEN.DE](http://WWW.FEST-DER-LINKEN.DE)



Dr. Bojana Denegri, Tochter des Malers, (hier bei der Vernissage) konnte jetzt einen kleinen Ausschnitt aus dem Lebenswerk ihres Vaters an dem Ort seiner Kindheit vorstellen.

## Ausstellung in der Kulturbundgalerie Der Maler Rudolf G. Bunk (1908 – 1974)

Das künstlerische Werk des 1908 in Berlin-Treptow geborenen Malers Rudolf Bunk ist

zweifellos geprägt durch die Zeitläufe – in seinen Bildern wird die Epoche, in der sie

entstanden sind, in vielerlei Hinsicht reflektiert. Bunks Zeitzeugenschaft, sein Welterleben, bringt sich in den Werken zum Ausdruck: Die unheilvollen Signaturen seines Zeitalters werden in komplexe Bildgedanken überführt. Dabei thematisiert er in seiner Malerei nicht vordergründig historisch bedeutsame Ereignisse, er liefert keine politische Malerei in engerem Sinne. Stattdessen gelingt es dem Künstler, an den vermeintlich harmlosen Gattungen der Landschaftsmalerei, des Portraits, des Stillebens das gegenwärtige Welterleben, die existentielle Gefährdung exemplarisch vorzuführen... Und auch sein Lebensweg ist nachdrücklich geprägt von den katastrophalen politischen Ereignissen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts.

Die Ausstellung mit den Bildern von Rudolf G. Bunk ist noch bis zum 31. Mai in der Kulturbundgalerie, Ernststraße 14/16, jeweils Mo-Fr 10.00 bis 16.30 Uhr, Di bis 19.00 Uhr zu sehen.

### TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++ TERMINE +++ VERANSTALTUNGEN +++

Weitere Termine der Partei DIE LINKE finden Sie auf Seite 7

**SA 7.5. 10:30 Uhr** Politischer Frühschoppen mit Uwe Doering, MdA und parlamentarischer Geschäftsführer der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus: Wahlprogramm 2011 zu den Kommunalwahlen, Gaststätte „Zur Tankstelle“, Oberspreestraße, Spindlersfeld

**SO 8.5. 18:00 Uhr** Veranstaltung zum 66. Jahrestag der Befreiung, Ehrenmal Treptow

**MO 9.5. 14 Uhr** Fest des Sieges, Parkplatz gegenüber Ehrenmal Treptow

**MO 9.5. 15 Uhr** Beratung der AG Seniorenpolitik beim BV DIE LINKE, Geschäftsstelle Brückenstr. 28. THEMA: Erfahrungsaustausch zum Verlauf der Programmdebatte und Aktuelle Aufgaben des Wahlkampfes

**FR 13.5. 18 Uhr** Bürgerforum mit Ines Feierabend, Bezirksstadträtin für Gesundheit und Soziales und Bürgermeisterkandidatin sowie mit Philipp Wohlfeil, Vorsitzender der Linksfraktion Treptow-Köpenick und Direktkandidat für das Abgeordnetenhaus Berlin, VHS (Aula), Baumschulenweg 79-81

**DI 17.5. 11 – 15 Uhr** Brunch mit Filmvorführung aus Anlass des 20jährigen Bestehens des Vereins of-

fensiv'91 im Zentrum für Demokratie, Michael-Brückner-Str. 1/ Spreestraße. Filme: „Unsichtbares sichtbar machen?!“ und „Dokumentation über den Holocaustüberlebenden Werner Bab“

**DI 17.5. 17 Uhr** Öffentliche Versammlung der LINKEN Niederschöneweide: „Die Parteien im Berliner Wahlkampf“, mit Gen. Ernst Welters, Bezirksverordneter in Treptow-Köpenick und Mitglied des Landesvorstands der LINKEN, Gartenhaus des Ratz-Fatz, Schnellerstr. 81

**MI 18.5. 19 Uhr** 14. Bürgerversammlung Bohnsdorf, Kulturküche, Dahmestraße 22

**DO 19.5. 18 Uhr** Bürgerforum mit Minka Dott, MdA und Direktkandidatin für das Berliner Abgeordnetenhaus, Bootshaus Rotation, Karolinenhof, Sportpromenade 23

**SA 21.5. 10 Uhr** Politiker vor Ort: Wirtschaftssenator Harald Wolf, im Kino Union, Friedrichshagen

**SA 21.5. 13 Uhr** Fest der Demokratie am Bahnhof Schöneweide

**SO 22.5. 10 Uhr** Politischer Frühschoppen der LINKEN Allendeiviertel/ Kämmereiheide mit Norbert Pestorff, Direktkandidat für das Berliner Abgeordnetenhaus und

Petra Reichardt, Mitglied der Linksfraktion Treptow-Köpenick, Köpenicker Fischerhütte, Wendenschloßstr. 60 D

**DO 26.5. 18:30 Uhr** Veranstaltung der LINKEN Oberschöneweide mit Wolfgang Gehrcke, MdB, Thema: „Umwälzungen in Arabien. Chance oder Risiko für Nahost?“, Brückenstrasse 28.

**SA 4.6. 10:30 Uhr** Politischer Frühschoppen zum Thema „Demokratischer Sozialismus im 21. Jahrhundert – linke Hoffnungen in Lateinamerika“, mit Raina Zimmering, Gaststätte „Zur Tankstelle“, Oberspreestraße, Spindlersfeld

**MO 6.6. 15 Uhr** Beratung der AG Senioren, Geschäftsstelle Brückenstr.28, THEMA: Probleme der Stadtentwicklung und des Verkehrs im Bezirk unter besonderer Beachtung seniorenpolitischer und behinderten gerechter Gesichtspunkte. Gesprächspartner: Rainer Hölmer, Bezirksstadtrat für Bauen und Stadtentwicklung in Treptow-Köpenick

Termine für den blättchen-Kalender bitte per Telefax an 64 32 97 92 oder an: [petra.reichardt@die-linke-berlin.de](mailto:petra.reichardt@die-linke-berlin.de)